

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/37

23. Februar 1977

Jean Monnet - erster Ehrenbürger Europas

Ein Dank an den Initiator der Europäischen Gemeinschaft

Von Ludwig Fellermann MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

Seite 1 und 2 / 44 Zeilen

Ärztestraik ist ungesetzlich

Zum Verhältnis der Ärzteschaft zur Bundesregierung

Von Dr. med. Friedrich Cremer MdL

Bundesausschussvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

Ein Schritt zur Überwindung der Wegwerfgesellschaft

Bundesmodell Abfallverwertung dient Umweltschutz und Rohstofferschließung

Von Dr. Volker Hauff MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie

Seite 5 und 6 / 50 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmiel

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 406  
Fragehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 90 89/99  
Telex: 08 88 845-43 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 88 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Jean Monnet - erster Ehrenbürger Europas  
-----

Ein Dank an den Initiator der Europäischen Gemeinschaft

Von Ludwig Fellermaier MdB  
Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

Eine Sondermarke hat die Deutsche Bundespost zu Ehren von Jean Monnet herausgegeben, den der Europäische Rat am 2. April 1975 zum ersten Ehrenbürger der Europäischen Gemeinschaft ernannt hatte.

Ohne Jean Monnet gäbe es wahrscheinlich keine Europäische Gemeinschaft, wie sie sich in über 25 Jahren entwickelt hat: Monnet schlug 1950 dem französischen Außenminister Robert Schuman vor, die deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion zu vereinigen. Dies war die Geburtsstunde des "Schumanplans". Aus ihm ging dann die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Montanunion, hervor. Jean Monnet wurde Präsident der hohen Behörde.

Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) schied Jean Monnet aus dem Amt aus. Er rief das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa" ins Leben, um der europäischen Einigung neue Impulse zu geben.

Es lag Jean Monnet daran, Parteien und Gewerkschaften in die Arbeit des Aktionskomitees einzubeziehen. Besonders bemühte er sich um die SPD, die wegen der unehrlichen und widersprüchlichen Europa- und Deutschlandpolitik der Christdemokraten der Integration skeptisch gegenüberstand.

Die Verträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom wurden 1957 unterzeichnet. Beiden Gemeinschaften gehörte Großbritannien

nicht an. Für Jean Monnet war ein Vereinigtes Europa ohne Großbritannien undenkbar. Deshalb setzte er auch nach dem doppelten Veto des Generals de Gaulle gegen den britischen Beitritt seine Arbeit während der Krise der EWG zielstrebig fort.

Mit der Unterzeichnung der Beitrittsverträge wurde 1972 der Beitritt Englands möglich. Die Gemeinschaft entwickelte sich jedoch kaum weiter. So gab Jean Monnet mit seinem Plan einen neuen Anstoß zur politischen Einigung, der die Staats- und Regierungschefs neue Impulse geben sollten. Er ist der "Erfinder" des Europäischen Rates, der Konferenz der Staats- und Regierungschefs.

Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa ist aufgelöst, weil es seine Arbeit geleistet hat. Jean Monnet hat in seinen Memoiren den eigenen Lebensweg beschrieben: Aus der Charente am Atlantik zum Völkerverbund, in die internationale Finanzwelt, in die Politik und Diplomatie.

Eine Sonderbriefmarke kann nur ein Zeichen der Dankbarkeit für Jean Monnet sein. Er hat als einer der ersten Politiker verstanden, daß nur die Aussöhnung zwischen Franzosen und Deutschen Grundlage der Europäischen Einigung sein konnte und daß das Potential der Schwerindustrie nie wieder zur Aufrüstung der beiden Länder gegeneinander verwendet werden darf. Dafür gilt ihm aus Deutschland besonderer Dank.

Wir ehren Jean Monnet am besten, wenn wir uns alle für die Weiterentwicklung zur Europäischen Union, zur Politischen Union des freien Europas einsetzen.

+ + +

## Ärztestreik ist ungesetzlich

---

Zum Verhältnis der Ärzteschaft zur Bundesregierung

Von Dr. med. Friedrich Gremer MdL  
Bundevorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der  
Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen verlangt nach Maßnahmen der gesetzgebenden Körperschaften, die diese abbremsen und in vernünftige Bahnen lenkt. Diese Erkenntnis ist sicherlich weithin unbestritten, umstritten ist jedoch Umfang und Intensität der gesetzlichen Maßnahmen.

Es nimmt sicherlich nicht Wunder, daß auch bei den am Gesundheitswesen Beteiligten - ähnlich wie bei anderen Gruppen - bei der Frage, wo und wie Einsparungen vorgenommen werden sollen, das große St.-Florian-Syndrom auftritt: Geopfert werden soll grundsätzlich beim anderen.

Die Grenze zur Böswilligkeit wird allerdings überschritten, wenn diejenige Berufsgruppe, die seit Jahren überdurchschnittliche Einkommenszuwächse zu verzeichnen hat, auf die Ankündigung, ihre Einkommensentwicklung sollte in die allgemeine Wirtschaftsentwicklung eingepaßt werden, mit sogenanntem Streik oder der Drohung, ihre Kassenzulassung zurückzugeben, reagiert. Es ist festzuhalten: Die Ärzte haben einen gesetzlichen Auftrag zur Sicherstellung der ambulanten Versorgung der Bevölkerung. Streiks sind nicht nur gesetzeswidrig, sie vermehren bei verschiedenen Gruppen auch den Eindruck, als sei den Ärzten an der Erhaltung des Sicherstellungsauftrages nicht sonderlich viel gelegen. Sollte dies so sein, verkleinert sich nicht unbedingt die Zahl derjenigen, die den Ärzten diesen Auftrag entziehen wollen. Für die Ärzte wird es wichtig sein, sich dies für die weiteren Aktionen zu Lasten der Patienten eindringlich vor Augen zu halten.

Es ist keine neue Erkenntnis, daß viele Ärzte das Kostendämpfungsprogramm deshalb ablehnen, weil es von dieser Regierung stammt. Das Verhältnis

zwischen Sozialdemokraten und der Ärzteschaft ist seit längerem nicht gut und nicht in Ordnung. Die Zeiten, wo die Ärzte - nach Rudolf Virchow die natürlichen Anwälte der Armen - und die Sozialdemokraten als politische Vertreter der Armen und Rechtlosen auf der gleichen Seite standen, sind lange vorbei.

Es wird vorwiegend übereinander hergezogen und geschimpft, ob nun in klugen Büchern oder penetranten Standesablättchen. Beide Seiten jedoch müssen miteinander auskommen. Natürlich haben die Ärzte in unserem Gesundheitswesen eine Schlüsselstellung, die es zu berücksichtigen gilt, aber ebenso natürlich regiert die Regierung dieses Land und nicht die kassenärztliche Vereinigung oder die freien ärztlichen Verbände. Mir scheint, als würden auf Seiten der Ärzteschaft die unterschiedlichen Aufgaben, Pflichten und vor allem Legitimationen manchmal arg durcheinanderggebracht.

Und wenn die Regierung ein Kostendämpfungsprogramm vorlegt, tut sie ihre Pflicht und verstößt nicht, wie aus Ärztekreisen zu hören, gegen die Verfassung. Im Übrigen: Über die Grundsätze unserer Verfassung wacht das Bundesverfassungsgericht und nicht die Bundesärztekammer.

Das Kostendämpfungsprogramm ist ein Schritt in die richtige Richtung. Sicherlich wird es erforderlich sein, dieses Programm im Laufe der parlamentarischen Beratungen noch auszufüllen und zu verbessern. Dies wird wohl nichts Ungewöhnliches sein.

Mir scheint, daß es Sozialdemokraten in der gesundheitspolitischen Diskussion der letzten Monate unterlassen haben, ganz deutlich zu machen, daß die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen nur ein Symptom für eine Fehlentwicklung ist. Kostendämpfungspolitik ist sehr wichtig, ändert aber an den Ursachen der Fehlentwicklungen in unserem Gesundheitswesen gar nichts. Wollte man dies behaupten, so hieße das, Krankenversicherungspolitik mit Gesundheitspolitik verwechseln. In der Tat: Dies wäre eine verhängnisvolle Verwechslung, denn wer die Kosten dämpft, hat damit nicht die eigentlichen Probleme beseitigt. Wir sollten also nicht den Eindruck vermitteln, mit der Dämpfung der Kosten seien die Probleme gelöst, nein: dort fangen sie gerade erst an. Dies sei denjenigen gesagt, die in allen politischen Lagern heute so tun, als hätten sie die Gesundheitspolitik erfunden. Gesundheitspolitik gab es schon vor dem Auftreten der Kostenprobleme, nur wurden ihre Anstöße nicht ernst genug genommen: auch deshalb gibt es heute Kostenprobleme.

(-/23.2.1977/vd/lb)

## Ein Schritt zur Überwindung der Wegwerfgesellschaft

**Bundesmodell Abfallverwertung dient Umweltschutz und Rohstofferschließung**

Von Dr. Volker Hauff MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
für Forschung und Technologie

Immer häufiger wird in der öffentlichen Debatte vom "Ende der Wegwerfgesellschaft" gesprochen. Aber nur selten werden realistische Maßnahmen genannt, um das drängende Problem wenigstens teilweise zu lösen. Der Müllberg wächst und wächst. Die bisherigen Verfahren zur Müllbeseitigung reichen nicht aus. Neue zukunftsorientierte Lösungen sind im industriellen Maßstab erforderlich.

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie hat im Januar 1977 mit den Landkreisen Reutlingen und TGbingen vertraglich festgelegt, daß dort die erste großtechnische Versuchsanlage zur Gewinnung und Verwertung von Rohstoffen aus kommunalen Abfällen gebaut wird. Im Verbund mit einer geordneten Deponie wird die Modellanlage gleichzeitig die Abfallentsorgung der betreffenden Region sicherstellen.

Ziel des "Bundesmodells Abfallverwertung" ist die Förderung der Verwertung kommunaler Abfälle

- als Mittel zur Reduzierung der Abfallmengen;
- als Verfahren zur Erschließung alternativer Rohstoffquellen (Glas, Papier, Kunststoffe, Eisen und NE-Metalle, Kompost etc.);
- als Weg zur Entwicklung eines wirtschaftlichen, "umweltfreundlichen" Entsorgungssystems.

Im Einzelnen geht es dabei um folgende Probleme:

- Die Entwicklung und Erprobung von Organisationsmodellen für die Erstellung und den Betrieb von Verwertungsanlagen und für die

Vermarktung der aus Abfällen gewonnenen Rohstoffe;

- die großtechnische Erprobung neuer Abfallaufbereitungstechnologien, die bis jetzt nur im Versuchsmaßstab untersucht worden sind, sowie die Weiterentwicklung bestehender Abfallverwertungsmethoden;
- den Einsatz der aus Abfällen gewonnenen Rohstoffe in der Industrie;
- die Auswertung und Dokumentation der technologischen, betriebstechnischen und wirtschaftlichen Erfahrungen einschließlich der Vermarktungsergebnisse.

Diese Aufgaben sollen innerhalb eines Versuchszeitraums von etwa fünf Jahren bearbeitet werden. Nach einem positiven Ausgang des Modellversuchs wird der erprobte Anlagentyp in jeweils entsprechend modifizierter Form für eine Verlängerung der Betriebsdauer bestehender Zentraldeponien, als Ersatz für weitere Ausbaustufen bestehender Verbrennungsanlagen, bei bestehenden Kompostwerken zur Verarbeitung von Industrie- und Gewerbeabfällen und bei neuen Projekten als Alternative zu Deponien, Verbrennungs- und Kompostanlagen zur Verfügung stehen. Insgesamt wird die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland möglichen Nachfolgeprojekte auf etwa 40 geschätzt. Dabei sind nur die möglichen Standorte in Ballungsgebieten berücksichtigt.

Die Gesamtkosten für die auf etwa zehn Jahre ausgelegte Planungs-, Bau- und Versuchsbetriebsphase liegen in der Größenordnung von 100 Millionen DM. Davon werden rund 40 Prozent vom Bund und zehn Prozent vom Sitzland getragen. Der Rest wird durch Gebühreneinnahmen und über den Kapitalmarkt finanziert. Mit diesen Mitteln werden beispielhaft neue, zukunftsorientierte Industriestrukturen geschaffen. Das bedeutet auch neue, zukunftsorientierte Arbeitsplätze. Das bedeutet aber auch: Im Hinblick auf die notwendige Verknüpfung der Ziele des Umweltschutzes mit der Sicherung und besseren Nutzung unserer Rohstoffreserven kann die geplante Anlage zu einem Meilenstein werden.

(-/23.2.1977/va/lc)

+ + +